

STEIRISCHE VOLKSSTIMME



KPO
STEIERMARK

AUS DEM LANDTAG STEIERMARK

MAI/JUNI 2021

Informationsblatt der steirischen KPÖ - Ausgabe 2/2021

KPÖ gegen Beschneidung von Volks- und Oppositionsrechten

Landtag erhöht Hürde für Petitionen und kürzt Rederecht. Aber keinerlei Redezeitbeschränkung für Regierung

In der schwersten Gesundheits- und Wirtschaftskrise der Zweiten Republik hat sich die steirische Landespolitik ein bedenkliches Ziel gesetzt: Steirerinnen und Steirer, die sich mit einer Petition an den Landtag wenden möchten, müssen statt hundert 1500 (!) Unterschriften sammeln. Für die Opposition wird die Redezeit im Landtag verkürzt. ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos beschlossen diese Einschränkung von Volks- und Oppositionsrechten. Die KPÖ stimmte gegen diese Regelung.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Statt die Opposition besser einzubinden und ihre Vorschläge ernst zu nehmen, sollen abweichende Meinungen künftig mit der Stoppuhr gemessen und eingebremst werden. Auch dass jedes Jahr sechs bis sieben Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen persönlich im Landtag vorstellen, empfinden manche Regierungsparteien offenbar als Zumutung. In diesem Landtag muss einiges anders werden, und wir werden nicht müde, uns für mehr Demokratie und eine bessere politische Kultur einzusetzen.“

Die KPÖ erinnert daran, dass die Geschäftsordnung erst vor kurzem geändert wurde – seither beträgt die Redezeit statt 20 nur noch zehn Minuten, in Zukunft nur noch fünf. Landtagsitzungen finden aber einmal im Monat statt, nicht wöchentlich wie im Nationalrat. „Da muss es schon auszuhalten sein, dass die Abgeordneten ein, zwei Stunden mehr Geduld haben. Immerhin geht es um Dinge, die für die Steiermark wichtig sind“, so die KPÖ-Klubobfrau. Für die Mitglieder der Landesregierung gibt es keine Einschränkung der Redezeit. Und würden sich alle Abgeordneten an die bestehende Geschäftsordnung halten, gäbe es ohnehin kürzere Redezeiten.

Petitionsrecht eingeschränkt

Hundert Unterschriften waren nötig, um dem Landtag eine „qualifizierte Petition“ vorzulegen. Das bedeutet, dass der oder die erste auf der Liste das Anliegen den Abgeordneten im Petitionsausschuss persönlich vorstellen kann. Künftig sind dafür 1500 (!) Unterschriften nötig. Darauf haben sich ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos geeinigt. Die KPÖ versuchte im Landtag, diese Verschlechterung zu stoppen.

Eine nachvollziehbare Be-



Petitionsbroschüre der KPÖ.

gründung, warum eine so hohe Schranke für Petitionen nötig sei, gibt es nicht.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Dass die Landesregierung kein Interesse hat, sich mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auseinanderzusetzen, hat sie immer wieder bewiesen. FPÖ und Neos haben aber Erklärungsbedarf, warum sie bei dieser Beschneidung demokratischer Rechte mitmachen. Die KPÖ lehnt eine Einschränkung der Volksrechte entschieden ab.“

KOMMENTAR



Claudia Klimt-Weithaler
Klubobfrau der KPÖ
im Landtag Steiermark

ElementarpädagogInnen brauchen bessere Bedingungen!

Vor zwei Jahren hat der Landtag ein neues Gesetz für die Kinderbildung und -betreuung beschlossen. Die Probleme wurden nicht gelöst: Die Verkleinerung der Gruppengröße von 25 auf 20 Kinder wurde 30 Jahre lang nicht umgesetzt. 2021 sind noch immer 25 Kinder in einer Gruppe. Als Vorwand muss die Personalknappheit herhalten. Aber warum gibt es so wenig Menschen, die in diesem schönen Beruf arbeiten wollen?

Teilzeitarbeit ist in vielen Einrichtungen die Regel. Es gibt viel zu wenig Zeit zur Vor- und Nachbereitung. Im Vorjahr wurden sogar die nötigen Qualifikationen gesenkt. Für alle, die eine lange Ausbildung durchlaufen haben, um diesen Beruf bestmöglich ausüben zu können, ein Schlag ins Gesicht.

Bei der Bildung darf es keine finanziellen Hürden geben, sonst haben viele Kinder von Anfang an schlechtere Bedingungen in ihrer Schullaufbahn. Unsere Kinder müssen der Gesellschaft etwas wert sein, und das muss für alle Kinder in gleichem Maße gelten. Dazu zählen auch bessere Rahmenbedingungen für die Elementarpädagoginnen und -pädagogen.

Zahlreiche engagierte PädagogInnen haben in den letzten Wochen tausende Unterschriften gesammelt, um die Landesregierung wachzurütteln. Wir werden im Landtag darauf achten, dass diese Stimmen auch gehört werden!

Claudia Klimt-Weithaler

INHALT

Land soll Samariterbund-Heime übernehmen Seite 2

Junge Menschen in der Krise unterstützen Seite 4

Samariterbund-Pflegeheime: KPÖ für Übernahme durch Land

Mitte Juni endete die Angebotsfrist für die steirischen Pflegeheime des Arbeiter-samariterbundes (ASB). Nach dem Konkurs des Betreibers war zuletzt noch nicht klar, was mit den acht Heimen, 300 Beschäftigten und den Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser geschehen wird. Die KPÖ fordert, dass das Land die Heime, die als Gesamtpaket verkauft werden, selbst übernehmen soll. So soll das Überangebot an profitorientierten Heimen verringert werden, das für die starken Kostensteigerungen in der Steiermark verantwortlich ist.

Wenn erneut gewinnorientierte Anbieter zum Zug kommen, könnten die Häuser zum Billigstpreis übernommen werden, um dann durch öffentliche Subventionen Gewinne für

den neuen Eigentümer zu erzielen. Genau diese Praxis war es, die in den vergangenen Jahren die Pflegekosten in die Höhe getrieben hat. Weder Pflegebedürftige noch das Pflegepersonal haben davon profitiert. **In keinem anderen österreichischen Bundesland gibt es so viele stationäre Pflegeeinrichtungen wie in der Steiermark. Und in keinem anderen österreichischen Bundesland gibt es so viele gewinnorientierte private Pflegeheime.**

Auch der Landesrechnungshof kritisierte, dass dies der Hauptgrund für die enormen Kostensteigerungen in der Pflege ist. Denn die Ausgaben für gewinnorientierte Heime steigen weit stärker als jene für landeseigene und gemeinnützige Einrichtungen. Längst

nutzen private Betreiber die für sie günstigen Effekte des aktuellen Finanzierungsmodells als Einnahmequelle: Sie haben ihre Immobilien nach der Baukosten-Refinanzierung durch das Land an ausländische Fonds oder Finanzgesellschaften weiterverkauft, um ihren Profit zu maximieren. Danach werden die Häuser von den neuen Besitzern zurückgemietet, während die Tagsätze völlig unverändert weiter fließen und den Bau, die Ausstattung, die Instandhaltung und den laufenden Betrieb refinanzieren. Die Anbieter können ihr Geschäftsmodell als besonders sicher und risikolos bewerben, sind doch die laufenden Einnahmen staatlich gesichert und durch die Öffentlichkeit finanziert.

Neben dem Pflegeheim Tannenhof in **St. Lorenzen im Mürztal**, welches aufgrund eines massiven Ausbruchs des Corona-Virus, der 90 Prozent der Heimbewohner und 75 Prozent des Personals betraf und 18 Todesopfer forderte, behördlich geschlossen wurde, stehen auch die Pflegeheime Ahornhof in **Bad Gleichenberg**, Weidenhof in Stadl-Predlitz, Lärchenhof in **Ratten**, Lindenhof in **Mooskirchen**, Zirbenhof in **St. Marein** im Mürztal, Fichtenhof in **St. Barbara im Mürztal** und der Erlenhof in Pernegg zum Verkauf.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Pflege ist eine öffentliche Verantwortung, kein Geschäftsmodell für Investoren. Profitstreben hat in einem so sensiblen Bereich nichts zu suchen. Deshalb sollte das Land Steiermark die Häuser selbst übernehmen. Das ist im Interesse der pflegebedürftigen Menschen, der Beschäftigten und auch des Landeshaushalts.“



Delogierungen verhindern!

AK und Volkshilfe warnen vor Welle von Wohnungsverlusten durch Coronakrise

Die Coronakrise hat auch abseits gesundheitlicher Folgen massive Auswirkungen auf das Leben vieler Menschen. Rekordarbeitslosigkeit und empfindliche Einkommensverluste haben dazu geführt, dass noch mehr Menschen Schwierigkeiten haben, ihre Wohnkosten zu finanzieren. Die KPÖ forderte im Landtag von der Landesregierung mehr Einsatz, um Wohnungsverlust und Delogierungen zu verhindern.

Zwar wurden in der Vergangenheit vom steirischen Sozialressort zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, doch angesichts der drohenden Probleme braucht es deutlich mehr Bemühungen, um kurzfristig und unkompliziert zu verhindern, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Bereits vor der Krise wurde die ständige Teuerung bei Mieten und Betriebskosten zu einer immer größeren Belastung für Mieterinnen und Mieter. Wenn laufende Mieten nicht mehr beglichen oder ältere Mietrückstände nicht abgebaut werden können, droht eine Delogierung. Deshalb wurde im ersten Lockdown auf Basis des Covid-Maßnahmegesetzes ermög-

licht, die Miete schuldig zu bleiben. Im April dieses Jahres lief dieses Gesetz aus, säumige Mieten dürfen nun eingeklagt werden. Das bringt viele Menschen, die sich nach wie vor in existenziellen Schwierigkeiten befinden, in eine Notlage.

17.000 Delogierungen sind laut Arbeiterkammer und Volkshilfe zu befürchten. Ein bundesweiter Hilfsfonds für die Betroffenen finanzschwache Mieterinnen und Mieter wurde bisher nicht realisiert. In Graz sind die Mietrückstände um 30 Prozent angestiegen. In einer Befragung der zuständigen Landesrätin Doris Kampus (SPÖ) durch **KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler** wurde deutlich, dass das Land Steiermark unter Verweis auf Maßnahmen des Bundes keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen wird, um Delogierungen zu verhindern.

„Viele Mieterinnen und Mieter haben sich an die KPÖ gewendet, weil sie mit Räumungsklagen konfrontiert

sind. Wir helfen, wo wir können, aber ohne konkrete und umfassende Maßnahmen des Landes kann es zu einem sprunghaften Anstieg der Obdachlosigkeit in der Steiermark kommen. Deshalb ist unbedingt nötig, dass das Land aktiv wird und sich nicht auf den Bund verlässt“, so die KPÖ-Abgeordnete.



KPÖ für Abkehr von Bettenabbau

Dringliche Anfrage von KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Algorithmus ersetzt am Gesundheitstelefon ärztliches Personal; Bettenabbau geht weiter“

EHRlich GESAGT



Werner Murgg

Landtagsabgeordneter
der KPÖ Steiermark

Schluss mit den Spitalschließungen!

Viele der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mögen sinnvoll sein. Der unbedarfte Beobachter fragt sich allerdings: Warum fordert niemand die längst fällige Aufrüstung unserer Spitäler und eine Ausbildungsoffensive für Pflegekräfte und Ärzte? Wo doch seit Jahren vor drohenden Engpässen in unseren Spitalern gewarnt wird! Der steirische Ärztekammerpräsident Herwig Lindner hat Klartext gesprochen. „Wir müssen den Rotstiftakrobaten endlich in die Hände fallen“, lautete seine Botschaft. Wie wahr! Leider passiert aber tagtäglich das genaue Gegenteil: Unser Spitalssystem wird kaputtgespart. Betten werden abgebaut, Abteilungen geschlossen, ganze Spitäler verschwinden. Pflegekräfte wollen sich nicht mehr mit der teils miesen Bezahlung zufriedengeben. Gegen den Ärztemangel wird nichts getan. Von keinem der Verantwortlichen höre ich, dass wir mehr Betten, mehr Pflegekräfte, mehr Ärzte brauchen. Offenbar will man nicht mit der Vorgabe der EU brechen, die Gesundheitsausgaben zu kürzen. Die KPÖ wird jedenfalls weiter Druck machen, dass Betten nicht abgebaut werden, sondern dass zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden.

Werner Murgg

300 Krankenhausbetten wurden in der Steiermark zwischen 2017 und 2020 abgebaut. Bis 2025 sollen weitere 626 Betten gestrichen und die Zahl der Spitäler halbiert werden. Das ist der Kern der Spitalsreform, der sich die steirische Landesregierung verschrieben hat. Aus Sicht der KPÖ ein absurdes Vorhaben, wie nicht erst die Erfahrungen der Corona-Pandemie zeigen.

Der Abbau von Betten in den steirischen Spitalern hat zu einem Engpass in weiten Teilen der medizinischen Versorgung geführt. Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) hält dennoch eisern an den Spitalschließungen und dem Bettenabbau fest. KPÖ-LAbg. Werner Murgg hat deshalb in der Landtagssitzung am 18. Mai eine Dringliche Anfrage an die Landesrätin gerichtet, um Licht ins Dunkel der Strategie der Regierung zu bringen. Diese beharrte auf den Zielsetzungen des steirischen Gesundheitsplans: Entscheidend sei nicht die Zahl der Spitalsbetten, sondern der erfolgreichen Behandlungen.

Zuletzt hat ein kompetenter Experte, Ärztekammerpräsident Herwig Lindner, in einem Zeitungsinterview gesagt: „Ich glaube, dass in den Köpfen der Gesundheitsökonominnen und Rotstiftakrobaten ein Umdenken stattfinden muss.“ Lindner fordert den Ausbau von Spitalsbetten und einen Plan für die Ausbildung zusätzlicher Pflegekräfte und Ärzte. Andernfalls drohen Triagen im Spitalwesen. Werner Murgg: „Eigentlich sollte man gar nicht von Rotstiftakrobaten sprechen, denn Akrobaten müssen etwas können, sondern von Rotstiftidioten. Wir brauchen eine Kehrtwende in der Gesundheitspolitik, denn trotz der geschönten Darstellungen gibt es bereits jetzt Versorgungsengpässe, die wir nicht hinnehmen dürfen!“

In den 15 Monaten der Corona-Pandemie wurde von den Verantwortlichen kein konkreter Plan zur Rekrutierung qualifizierter Pflegekräfte bzw. zur Be-

kämpfung des drohenden Ärztemangels entwickelt. Nach dem Regionalen Strukturplan (RSG) 2025 sollen sogar im großen Stil Kapazitäten abgebaut werden. Ein **Pandemieplan existiert noch immer nicht**, um Herausforderungen wie Covid-19 besser bewältigen zu können. Menschen, die einen Absonderungsbescheid bekommen haben und schwerer erkrankt sind, wurden vielfach allein gelassen. Oft hat das dazu geführt, dass diese Personen zu spät ins Krankenhaus eingewiesen wurden und der Krankheitsverlauf dadurch schwerer war. „Das liegt auch daran, dass es in der Steiermark, im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern, nicht mehr möglich ist, am Gesundheitstelefon 1450 mit ärztlichem Personal zu sprechen. Stattdessen kommuniziert man mit einem Algorithmus“, kritisiert Werner Murgg.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler erinnerte daran, dass die wesentlichen gesundheitspolitischen Weichenstellungen nicht im Landtag, sondern in der Landeszielsteuerungsgruppe festgelegt werden.

Die KPÖ brachte im Landtag vier Forderungen zur Abstimmung:

- Ausstieg aus den Kürzungen im Spitalwesen (RSG 2025 und Gesundheitsplan 2035);
 - Ausarbeitung eines objektiven, verbindlichen Personalbedarfsplanungsinstrumentes für die Spitäler;
 - konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl von Ärztinnen und Ärzten sowie der Pflegekräfte in der Steiermark in der öffentlichen Gesundheitsversorgung;
 - Wiederaufnahme des Covid-Visitenstandes nach Kärntner Vorbild
- Alle vier wurden von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Der erste Punkt wurde auch von Grünen und Neos abgelehnt.



WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

...dass das Land Steiermark jedes Jahr einen transparenten Bericht über sämtliche Förderungen vorlegt. Das geht auf eine Initiative der KPÖ aus dem Jahr 2006 zurück. Vorher war nur über Umwege in Erfahrung zu bringen, wer Förderungen erhielt und wie viel Geld dafür geflossen ist. Der jährliche Bericht war ein großer Schritt in Richtung **Transparenz**.

Die Schließung der **Gesundheits- und Pflegeschule ProPraxis** hat 161 Schülerinnen und Schüler in eine untragbare existenzielle Lage gebracht. Sie konnten ihre Ausbildung nicht fortsetzen, obwohl ein besorgniserregender Mangel an Pflegefachkräften besteht. KPÖ-LAbg. Werner Murgg setzte sich im Landtag dafür ein, dass das Land den Betroffenen hilft, ihre Ausbildung abzuschließen zu können. Landesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) reagierte zuerst lange nicht auf die Hilferufe, zeigte sich aber schließlich bereit, die zukünftigen – dringenden benötigten – Pflegefachkräfte zu unterstützen.

...dass der **Kommunistische StudentInnenverband (KSV-KJÖ)** bei den Wahlen der Studierendenvertretung in Graz das beste Ergebnis seiner über 50-jährigen Geschichte erzielte. An der Karl-Franzens-Universität Graz konnten 11,58 % und zwei Mandate erreicht werden. An der Technischen Universität Graz gelang mit 7,88 % der Wiedereinzug in die Universitätsvertretung, auch an der FH Joanneum wurde ein Mandat erzielt. An der Kunstuniversität Graz erreichte der KSV 17,26 Prozent.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108.
E-Mail: Itk-kpoe@stmk.gv.at
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

„Kinder und Jugendliche in der Corona-Krise bestmöglich unterstützen!“

Seit über einem Jahr befinden wir uns in einer Ausnahmesituation. Viele haben existenzielle Sorgen durch Jobverlust, Kurzarbeit oder Überlastung. Kinder und Jugendliche sind nicht nur über ihr Elternhaus betroffen, immer mehr leiden an Einsamkeit, Zukunftsängsten und mangelnden Sozialkontakten. Die KPÖ hat eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, wie junge Menschen in dieser Situation unterstützt werden können.

Die KPÖ Steiermark und die Organisation Kinderland haben eine Reihe von Initiativen für Kinder und Jugendliche gesetzt: „Wir wollen jungen Menschen eine Stimme geben, Angebote machen, Initiativen setzen und Einrichtungen stärken, die mit ihrer Arbeit für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen da sind. Die Anliegen und Probleme von Kindern und Jugendlichen

dürfen nicht übersehen werden!“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Streit mit den Eltern, Wut, Langeweile, Essprobleme und Unsicherheit treten verstärkt auf. Dass die Krise besonders sozial benachteiligten Kindern zu schaffen macht, zeigen Erhebungen wie jene der Volkshilfe Österreich und der Universität Salzburg. Jedes fünfte Kind gibt an, trauriger und einsamer als vor der Pandemie zu sein. Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten sind dreimal so häufig betroffen. Sie konnten schon vor der Pandemie weniger am sozialen Leben teilnehmen. In einer Studie der Donau-Universität Krems, bei der 3000 Jugendliche befragt wurden, wies mehr als die Hälfte depressive Symptome auf, jede/r sechste Befragte hat suizidale Gedanken. Symptome und Ängste haben sich verzehnfacht.

Bei einer aktuellen Jugendstudie eines österreichischen Radiosenders haben zwei Drittel von 35.000 befragten jungen Menschen zwischen 16 und 25 Jahren angegeben, sich von der Politik nicht beachtet zu fühlen. Sogar von einer „verlorenen Generation“ wird gesprochen.



Die KPÖ bringt im Rahmen einer Dringlichen Anfrage in der heutigen Landtagssitzung einen Antrag ein, **kostenlose Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote für Kinder und Jugendliche bei psychischen Problemen auszubauen**. Notwendig ist ein flächendeckendes psychotherapeutisches Angebot auf Kasse. Und bestehende Angebote sind oft zu wenig bekannt. Auch für einen Ausbau der Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie setzt sich die KPÖ seit Jahren ein.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendi-

gen Schritte zu setzen, um eine rasche und flächendeckende Ausweitung eines kostenfreien psychologischen und psychotherapeutischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebotes für Kinder und Jugendliche sicherzustellen. Der Antrag wurde gemeinsam mit den Grünen eingebracht, so wie die Forderung, Kindern und Jugendlichen im Sommer 2021 **freien Eintritt in den steirischen Freibädern** zu ermöglichen und ihnen **kostenlose Freizeitangebote** zur Verfügung zu stellen.

Parteienförderung: ÖVP und SPÖ halten an automatischer Erhöhung fest

KPÖ stimmte als einzige Partei gegen Gesetz, das jährliche Erhöhung ohne Beschluss des Landtags ermöglicht

Im steirischen Landtag wurde die Parteienförderung offengelegt. Die KPÖ forderte aus diesem Anlass die **Abschaffung der automatischen jährlichen Erhöhung der Parteien- und Klubfördergelder (Indexierung)**. SPÖ und ÖVP halten aber an der jährlichen Erhöhung fest, während die Oppositionsparteien dem Antrag der KPÖ zustimmten. Verfolgt man die Entwicklung der Parteienförderung in den vergangenen Jahren, dann fällt die enorme Steigerung dieser Summen auf.

Die Gesamtsumme für Parteienförderung betrug

im Jahr 2012:	14,7 Millionen Euro
im Jahr 2013:	18 Millionen Euro
im Jahr 2020:	24,4 Millionen Euro

Diese außergewöhnliche Erhöhung wurde dadurch möglich, dass im steiermärkischen Parteienförderungs-Verfassungsgesetz (StPFöLVG) eine Wertanpassung vorgesehen ist. **Die KPÖ stimmte 2013 als einzige Partei gegen diese Regelung**, alle anderen zu diesem Zeitpunkt im Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne) sprachen sich dafür aus.

Dass dem Landtag ein umfassender Förderungsbericht vorgelegt wird, geht übrigens auf eine Initiative der KPÖ aus dem Jahr 2006 zurück. Seither wird jedes Jahr ein umfassender Förderbericht veröffentlicht, während zuvor nur über Umwege in Erfahrung zu bringen war, wer Förderungen erhielt und wie viel Geld dafür geflossen ist. Die übersichtliche Darstellung sämtlicher Förderungen des Landes war ein großer Schritt in Richtung Transparenz.



Wir wünschen einen erholsamen und sorgenfreien Sommer

KPÖ

Der KPÖ-Landtagsklub